

# Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Neue Dresden Nr. 31302  
Elb-Dr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Dauz-Konto: Chaussee Dresden, Straßbe Dresden Nr. 808  
Post-Konto: Nr. 511 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpönitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Dezer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Erheim täglich mit den Beilagen: Anst. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Markt, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 5gepaaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4 gepaltene Petit-Zeile mit 40 Goldpfennigen berechnet. Anzeigen u. Reklamen mit Platzwörterchen und schwierigen Satzarten werden mit 50 % Zuschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Anzeigenbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen zahlbar. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Stellenpreis in Anrechnung gebracht. Rückzahlung der Anzeigen erfolgt d. verpfl. Zahlung, ohne d. Anford. d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4  
81. Jahrgang

Nr 14

Sonabend, den 17. Januar

1925

## Die Abgabe der Regierungserklärung auf Montag vertagt

Dem Kabinett Luther fehlt noch immer der Finanz- und der Justizminister. — Dr. Luther will besonders dem künftigen Finanzminister nicht vorgreifen und verschiebt deshalb die Abgabe der bereits formulierten Regierungserklärung. — Der Sturm gegen die preußische Regierung beginnt.

### Das Kabinett noch immer ein Torso

Kerne unerwartete Schwierigkeiten.  
Die für die Freitag-Abend-Rede einer Regierungserklärung der neuen Reichsregierung in der Reichstagskammer am 17. Januar abends 8 Uhr. vertagt worden, da unerwarteterweise die Verhandlungen über die Besetzung wichtiger Ministerien, im besonderen des Reichsfinanzministeriums und des Reichsjustizministeriums, noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Nur Abgabe der Regierungserklärung wird mitgeteilt, daß in einer Freitag-Mitternacht abgehaltenen informativen Besprechung sowohl von Vertretern der deutschen nationalen Volkspartei wie von Vertretern des Kabinetts erklärt wurde,

daß ohne Besetzung des Finanz- und des Justizministeriums wichtige Punkte der Regierungserklärung unumwunden erörtert werden könnten.

Man hat wohl auch das Bedenken gehabt, daß die Besetzung insbesondere des Reichsfinanzministeriums noch schwieriger werden würde, als sie sich schon herausgestellt hat, wenn das Programm der noch gar nicht abgegebenen Regierungserklärung durch die Regierungserklärung vorweggenommen werden würde. Das Reichskabinett trat nachmittags um 4 Uhr zusammen, wobei der Reichskanzler Dr. Luther den Vorsitz der Regierungserklärung in der Reichstagskammer übernehmen soll und deren Inhalt in einer vorläufigen abgehaltenen informativen Besprechung beraten wurde.

Die Regierungserklärung wird ganz kurz sein und die Aufgaben des Kabinetts in den kommenden Monaten nur andeuten. An innerpolitischer Hinsicht wird sie die hauptsächlichsten Probleme, mit denen sich der Reichstag in der nächsten Zeit beschäftigen soll, erwähnen und im Übrigen darauf hinweisen, daß das Kabinett sich vor allem bemühen werde, den inneren Frieden zu wahren und die Verfassung zu bewahren. Schwierigkeiten bei der Formulierung der Regierungserklärung haben sich infolge der Besetzung im Reichsfinanzministerium infolge erheben, als namentlich in Bezug auf die Kufmertaufgabe, die für die Aufhebung innerer Zölle von sehr wesentlicher Bedeutung ist, ohne Zustimmung eines verantwortlichen Finanzministers keine Entscheidung getroffen werden kann. Zudem glaubt Dr. Luther auch, daß es für die Zustimmung der Parteien entscheiden sein müsse, zu wissen, mit wem sie als neuen Finanzminister an rechnen haben.

Die Bemühungen des Reichskanzlers, zur Hervorbringung des Kabinetts sich weiter fortzusetzen, sind mit dem Justizministerpräsidenten Frentzen verhandelt worden.

Für die Besetzung des Postens des Finanzministers hatte man von Anfang an den künftigen Finanzminister Dr. Reichold in Aussicht genommen.

Dem man als ersten das Reichsfinanzministerium anbot, wenn die Demokraten nicht ihre Zustimmung erteilt hätten. Dr. Luther neuerlich an den Finanzminister Reichold gewandt, Dr. Reichold war auch aus Dresden heute in Berlin einetroffen.

Die Bemühungen Luthers haben aber nicht zum Ziele geführt, da die Demokraten weder der Entsendung eines parlamentarischen noch eines Volksministers in das Kabinett zustimmen, und Dr. Reichold erklärte, sich an den Belieben seiner Partei halten zu lassen.

### Die Minister Dr. Luthers



Dr. Schiele  
(Deutschnationalen)  
Minister des Innern



Reichskanzler  
Dr. Luther



Dr. Stresemann  
(Deutsche Volkspartei)  
Minister des Aeußern



Stinag  
Preussische Volkspartei  
Minister



Dr. Brauns  
Zentrum  
Minister



Graf Kanitz  
Deutschnational  
Minister



Dr. Gehler  
Demokrat  
Minister

ministeriums, die das ernsteste Hindernis darstellt, zu beseitigen. Bei der Besetzung des Justizministeriums wird man, sollte sich kein geeigneter Kandidat finden, die Besetzung dieses Ministeriums einfach in den Händen des Staatssekretärs Noel lassen, der bisher diesem Ministerium vorsteht. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss spielen bei der ganzen Sachlage auch die Verhältnisse in Preußen, wo Bestrebungen im Gange sind, eine ähnliche Regierung, wie sie im Reich jetzt aufgestellt wird, zu bilden und stabil zu halten.

### Das unbesehte Justizministerium

Die Tatsache, daß der Posten des Reichsjustizministers noch nicht besetzt werden konnte, hat in den parlamentarischen Kreisen einiges Aufsehen hervorgerufen. Wie wir erfahren, ist die Kandidatur Dr. Emmingers noch immer nicht erledigt, aber im gegenwärtigen Augenblick hat es den Anschein, als ob man dieses Ministerium doch noch einem Vertrauensmann des Zentrums überlassen wolle. Sollte das Zentrum darauf verzichten, so läme allerdings in Frage, daß zwischen der deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei eine Vereinbarung zustande kommt, wonach die Deutsche Volkspartei das Justizministerium und die Deutschnationalen das Reichsfinanzministerium besetzen. Für diesen Fall würde der volksparteiliche Abgeordnete, der bekannte Rechtslehrer Geh, Rat Kabl das Reichsjustizministerium übernehmen.

### Der neue Reichspressescheff

Der Reichspräsident hat den Ministerialdirektor Bruno Kemmer zum Staatssekretär in der Reichskanzlei und den Ministerialrat Dr. Otto Riep zum Ministerialdirektor und Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt.

### Besuch Luthers bei Marx

Reichskanzler Dr. Luther stattete Freitag in den Mittagsstunden dem bisherigen Reichskanzler Marx einen Besuch ab, bei dem er ähnlich wie der Reichspräsident in seinem Schreiben den Reichskanzler Marx für seine aufopfernde Hingabe an die deutsche Politik, die in schwierigster augenpolitischer Situation von Erfolg gekrönt war, dankte. Marx gab der Hoffnung Ausdruck, daß es Dr. Luther gelingen möge, der Schwierigkeiten Herr zu werden und die bisherige Politik erfolgreich fortzusetzen.

Danach begab sich der Reichskanzler Dr. Luther zum Reichstagspräsidenten Lötze, um mit ihm eingehend die parlamentarische Lage zu besprechen.

### Die Nichtzahlen

Die auf den 14. d. M. berechnete Grobhandels-induziffer ist gegenüber dem Stande vom 7. Januar mit 136,4 um 1,8 v. H. auf 138,9 gestiegen. Die Reichsinduziffer für die Lebenshaltungskosten für den 14. Januar ist gegenüber der Vormonats (123,8) mit 124 nahezu unverändert geblieben.

### Kühle Aufnahme oder Ablehnung

Das Kabinett Luther findet in der Presse je nach Partei, Stellung des Lesers sehr verschiedene oder kühle Aufnahme. Inwiefern sich eigentlich nur die volksparteilichen Blätter. Die „Zeit“ spricht in der Freude darüber, daß ihr Minister Stresemann dem neuen Kabinett ein bleibendes Vermächtnis der Staatsregierung, und die „Deutsche Tageszeitung“ befürwortet: „In diesen Tagen die Grundlage, auf der es ruht, die sichere Gewähr dafür, daß es von parteipolitischen Rücksichten und ungesundem Diktionsismus freie sachliche Arbeit zu leisten wagt.“ Ist diese Grundlage wirklich so sicher? Die deutschnationale Presse ist nicht ganz zufriedengestellt. Die „Deutsche Zeitung“ erklärt:

„Was gestern als Ergebnis der Dauerkreise an Abgrenzungsentscheidungen zu einer Koalition zusammengefaßt wurde, ist etwas Kautelisches, Unentschiedenes; ist ein Versuch, der von vornherein, ebenso gefährdet ist, wie gefährlich.“

„Alles in allem: Parlamentarisch Herrn Brüder ausgeübt, innerpolitisch gegen die sozialistische, außenpolitisch von Stresemann geführt — die wahren Herren des neuen Kabinetts sind die Gegner des nationalen Deutschland.“ Der deutschnationale „Tag“ weist darauf hin, daß „eigentlich keine einzige Partei diese Regierung aus voller Ueberzeugung als ihre Regierung betrachtet. Jede Gruppe kommt mit Bedenken und Vorbehalten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hofft, daß der neue Innenminister Schiele „bei seiner Aufgabe innerhalb des Kabinetts, dem das „altliche“ Denken gegenüber innerweltlichen Gesetzen zum Siege zu verhelfen, eine Stütze finden wird in dem neuen Reichswirtschaftsminister Reichens.“

„Nationalpost“ und „Kreuzzeitung“ für ern, daß jetzt endlich „Homogenität zwischen Reich und Preußen“ hergestellt wird und verlangen kategorisch, „daß das preussische Zentrum aus dieser Sachlage die „wichtigen“ Folgerungen zieht.“ Das deutschnationale „Deutsche Tagesblatt“ nennt die Regierung einen „Korpsgeist“, der erhebliche Belastungsproben kaum ausstößt. Die kommunistische „rote Fahne“ ruft zur „Demonstration gegen die monarchistische Regierung“ auf.

Der „Vorwärts“ verlangt „Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks auf der ganzen Linie.“

Die demokratische Presse wendet sich geschlossen gegen den neuen Reichsblock. Die „Frankfurter Zeitung“ kündigt scharfe Opposition an. Sie sagt:

„Grundsätzliche Opposition gegen eine Politik, die darauf ausgeht, die alten bevorrechteten Mächte des alten Obrigkeitsstaates wieder in die Herrschaft einzusetzen und die demokratische Freiheit, das demokratische Recht des neuen Deutschlands zu mindern — sachlich klare, immer entschlossene und bereit Opposition gegen jede Einzelmaßnahme des Reichsblocks, die in der auswärtigen oder in der inneren Politik Deutschlands von neuem gefährden, das für den Aufbau mühsam Erreichte wieder zu zerstören droht.“

Die „Sächsische Zeitung“ nennt die neue Regierung „ein kaum schamhaft verhältliches Kabinett der Rechten“, und nach dem „Berliner Botschafter“ ist es, wie von niemand ernstlich bezweifelt wird, eine Rechtsregierung. Die „Berliner Volkszeitung“ erklärt von der Politik Stresemanns: „Die Sehnsucht nach dem deutschnationalen war der einzige Zeitgedanke seiner Politik.“ — die Rücksichten auf das außenpolitische Interesse der deutschen Republik mühen zurückzutreten.“

Das führende Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, stellt übereinstimmend mit dem führenden westdeutschen Zentrumsorgan, der „Kölnischen Volkszeitung“, nochmals fest, daß die Zentrumsfraktion nicht an das Kabinett gebunden ist und die Erklärung der Regierung und insbesondere die Taten des Kabinetts Luther abwarten wird.“

SLUB Wir führen Wissen.